

Stellungnahme der ALM zum Haushalt 2012

Der Haushaltsplan 2012 steht erstmals seit einigen Jahren zumindest teilweise im Zeichen geplanter grundlegender Veränderungen.

Wir begrüßen ausdrücklich die nunmehr vollzogene Umstrukturierung der Müllheim-Marketing-Gesellschaft MMG hin zu einem verwaltungsinternen Projektmanagement. Dies dürfte ein erster Schritt sein zu der von allen Fraktionen seit längerem geforderten Effizienzsteigerung unserer Verwaltung verbunden mit allfälliger künftiger Kostenreduktion.

Hier gilt es nicht nur Zuführungen vom Vermögenshaushalt zu vermeiden, sondern Mittel für Investitionen zu erwirtschaften.

In der Finanzplanung haben wir uns auf eine Schuldenobergrenze bis zum Jahr 2015 verständigt und in diesem Zuge manche Investition auf die Jahre danach verschoben in der Hoffnung, dann wieder mehr finanziellen Gestaltungsspielraum gewonnen zu haben.

Wir möchten die Verwaltung darin unterstützen, Investitionen unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Allgemeinnutzens kritisch zu prüfen und gegebenenfalls auch einmal Verzicht zu üben.

Bisher hat die vorsichtige Haushaltskalkulation immer dazu geführt, dass im Haushaltsvollzug in allen Jahren oft mehrere Millionen mehr zur Verfügung standen als ursprünglich eingeplant. Wir hoffen natürlich, dass unser Kämmerer auch diesmal dieser langjährigen Gepflogenheit treu geblieben ist.

Positiv möchten wir vermerken, dass die Haushaltsgespräche in öffentlichen Sitzungen des Hauptausschusses geführt werden konnten, allerdings hätten wir uns ein größeres Interesse der Öffentlichkeit gewünscht.

Kritisch sehen wir den Auftrag an den Sicherheitsdienst und die damit verbundenen Kosten. Wir sehen die Notwendigkeit eines Sicherheitsdienstes in diesem Umfang nicht. Nach unseren Informationen wird durch den Sicherheitsdienst die Arbeit der Streetworkerin teilweise erheblich erschwert. Da aber die Verträge bereits geschlossen sind, muss im Laufe des Jahres noch einmal darüber gesprochen werden.

Unsere eigenen Anträge zum Haushalt haben vor allem soziale Maßnahmen zum Ziel gehabt, das Anliegen unserer Fraktion ist es, auch sozial benachteiligten Gruppen eine Stimme zu verleihen. Mehrheit nicht betroffener Kolleginnen und Kollegen uns hier nicht folgen kann oder will, auch wenn es nur um kleine Beträge geht.

Immer wieder machen wir aber auch in diesem Gremium die Erfahrung, dass die Freien Unternehmer und seien es Spielgeräteaufsteller, hier ganz anderen Respekt genießen und vergnügungssteuerlich hofiert werden. Spielhallen sind eine Unkultur die es soweit wie möglich einzudämmen gilt. Hier wird die Saat für die Spielsucht gelegt. Einige Gemeinden im Umland haben dieses Problem erkannt und haben die Vergnügungssteuer auf 15-20 % erhöht.